

Risikoberichterstattung und Risikoperzeption: Reaktionen von Medien und Bevölkerung in der Schweiz auf den AKW-Unfall in Fukushima

Kristiansen, Silje; Bonfadelli, Heinz

Veröffentlichungsversion / Published Version
Sammelwerksbeitrag / collection article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Kristiansen, S., & Bonfadelli, H. (2014). Risikoberichterstattung und Risikoperzeption: Reaktionen von Medien und Bevölkerung in der Schweiz auf den AKW-Unfall in Fukushima. In J. Wolling, & D. Arlt (Hrsg.), *Fukushima und die Folgen - Medienberichterstattung, Öffentliche Meinung, Politische Konsequenzen* (S. 297-321). Ilmenau: Univ.-Verl. Ilmenau. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-49422-6>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Risikoberichterstattung und Risikoperzeption

Reaktionen von Medien und Bevölkerung in der Schweiz auf den AKW-Unfall in Fukushima

Silje Kristiansen & Heinz Bonfadelli

1 Einleitung

Wie reagiert ein Land, wenn ein AKW-Unfall im technologisch hochentwickelten Japan eine Welle der Ernüchterung hinsichtlich Risiko und Sicherheit von Atomkraftwerken an die Ufer schlagen lässt? Eine Katastrophe in der Ferne, die das Bewusstsein über das Risiko in der Nähe wieder an die Oberfläche der *Medienberichterstattung* und der *Bevölkerungswahrnehmung* hievt. Wir verankern unsere Untersuchung dieser „Flutwelle“ im Forschungsfeld Risikokommunikation bzw. speziell von Risikoberichterstattung und Risikoperzeption. Mit dem „Lichtfeuer“ unserer Analyse beleuchten wir einerseits die schweizerische Berichterstattung der Sonntagspresse ein Jahr nach der Atomkatastrophe in Fukushima und andererseits die Risikoperzeption der schweizerischen Bevölkerung bezüglich der Atomkraft in den zwei Jahren nach dem Unfall.

Dieser Beitrag hat drei Ziele: Erstens soll erläutert und diskutiert werden, was unter dem Begriff „*Risiko*“ verstanden wird. Zweitens wird anhand der Medienreaktionen auf den AKW-Unfall in Fukushima aufgezeigt, wie der *Risikodiskurs* der Schweizer Presse aussah: Was charakterisierte die Risikoberichterstattung? Drittens wird analysiert, welche Auswirkungen der Unfall und die Berichterstattung auf die Risikowahrnehmung der Schweizer Bevölkerung hatten.

2 Atomkraft in der Schweiz

Seit Mitte der 1950er Jahre gibt es Aktivitäten im Bereich der Atomenergie in der Schweiz. Der ETH-Physiker Paul Scherrer gründete 1955 mit der Brown Boveri AG und weiteren Firmen die Reaktor AG. In Würenlingen (Kanton Aargau) wurde 1960 der erste Forschungsreaktor DIORIT in Betrieb genommen und in den 1960er Jahren folgte der Bau eines Versuchsreaktors in Lucens (Kanton Waadt). Den kritischen Stimmen wurde damals entgegengehalten, dass der Bau des Forschungsreaktors wichtig für die Schweizer Industrie sei. Nur durch eigene Erfahrungen mit dieser Technik könne die Schweiz unabhängig vom Ausland bleiben. Der Plan war deshalb, den Reaktortyp von Lucens zur industriellen Serienreife zu bringen, um im Atomzeitalter mit dabei zu sein. Neben einer großen finanziellen und personellen Beteiligung von Maschinenfirmen steuerte auch der Bundesrat einen Subventionskredit von 50 Millionen Franken bei (Wildi 2003). Der Reaktor wurde in einer Felskaverne in Lucens errichtet. Allerdings verzögerte sich der Bau aufgrund technischer Probleme und so stand der dann schon veraltete Reaktor erst 1968 bereit. Als der Versuchsreaktor am 21. Januar 1969 hochgefahren wurde, ereignete sich ein *Unfall*. Der Reaktor geriet außer Kontrolle und es kam zu einer partiellen Kernschmelze. Der Störfall wird mit einer fünf auf der INES-Skala bewertet (ENSI 2012). Zwar kamen keine Menschen zu Schaden, doch dem Plan eines *eigenen* schweizerischen Reaktors wurde dadurch ein Ende gesetzt (Wildi 2003).

Trotz dieses Unfalls ging 1969 das erste AKW der Schweiz, *Beznau I*, ans Netz. Drei Jahre später folgten der zweite und dritte Reaktor, *Beznau II* und *Mühleberg*. Die Reaktoren in Beznau sind Druckwasserreaktoren und das in Mühleberg ein Siedewasserreaktor. Obwohl sich 1979 der Unfall in Three Mile Island ereignete, wurde im gleichen Jahr das AKW *Gösgen* in Betrieb genommen. Im Jahr 1984 folgte das fünfte AKW in *Leibstadt*. Das geplante sechste AKW in Kaiseraugst wurde nach jahrelangen Protesten von Umwelt- und Politaktivisten im Jahr 1989 ad acta gelegt. Im folgenden Jahr nahm das Schweizer Stimmvolk eine Volksinitiative für ein *Atom-Moratorium* an, so dass keine neuen AKWs bis zum Jahr 2000 gebaut werden durften. Im Lichte der geplanten Abschaltung der AKWs nach fünfzig Jahren Betriebszeit (ca. im Jahr 2020) wird seit 2007 in der Schweiz über neue AKWs diskutiert. In den Jahren 2008 bis 2010 waren drei Baugesuche der Stromkonzerne Axpo-Konzern, BKW und Alpiq in der Diskussion. Dann kam 2011 die Katastrophe in Fukushima und die Energieministerin Doris Leuthard sistierte die laufenden Rahmenbewilligungsverfahren. Am 25. Mai 2011 wurde vom Bundesrat die Entscheidung getroffen, einen *schrittweisen Atomausstieg* in der Schweiz zu bewerkstelligen. Das heißt, dass die bestehenden AKWs am

Ende ihrer Betriebsdauer nicht durch neue Kraftwerke ersetzt werden sollen. Für die Schweiz bedeutet dies, dass die AKWs zwischen den Jahren 2019 und 2034 abgeschaltet werden sollen (Wildi 2003; Handelszeitung 2011). Ende Oktober 2013 unternahm der AKW-Betreiber BKW einen weiteren Schritt in Richtung Atomausstieg. BKW hat entschieden, sein AKW Mühleberg im Jahre 2019 außer Betrieb zu nehmen (BKW 2013). Die fünf laufenden Reaktoren sorgen derzeit für etwa 39 Prozent der Elektrizität (BFE 2013).

3 Theoretischer Rahmen

3.1 Definition und Bewertung von Risiken

„Risiko ist kein Ding, nichts, das man hören, riechen, sehen, schmecken kann“ (Beck 2007: 253). Risiko ist die *Entscheidung*, einen *Nutzen* zu genießen und dabei einen *zukünftigen Schaden* mit einer mehr oder weniger gut bestimmbar *Eintrittswahrscheinlichkeit* und einem *ungewissen Ausmaß* in Kauf zu nehmen. Mit dieser Definition werden mehrere Risikokomponenten vereint: An erster Stelle steht die Entscheidung, einen Nutzen anzustreben und dabei von einem eventuellen zukünftigen Schaden betroffen zu sein. Da die Eintrittswahrscheinlichkeit des Schadens oft schwer bestimmbar ist, ist die Entscheidung mit Unsicherheit verbunden. Das Eingehen eines Risikos ist nur dann plausibel, wenn in der Entscheidungs- und Abwägungsphase der Nutzen attraktiver bzw. größer erscheint als der potentielle Schaden. Die Entscheidung kann trotzdem schwierig sein, weil bei vielen Risiken Eintrittswahrscheinlichkeit und Ausmaß eines Schadens kaum kalkulierbar sind. Doch auch wenn die Wahrscheinlichkeit kalkulierbar ist, werden *Risikoperzeption* und *Risikoeinschätzung* von weiteren Faktoren beeinflusst, denn die Risikoperzeption ist eine individuelle Bewertung von Risiken, bei welcher nicht nur harte Fakten von Bedeutung sind.

Die Definitionen des Risikobegriffs sind vielfältig: Mit der einfachen *sicherheitstechnischen Definition*, nach welcher das Risiko durch das Multiplizieren der quantitativen Angabe zur Schadenshöhe mit der quantitativen Angabe über die Eintrittswahrscheinlichkeit eines Schadens bestimmt wird, können Risiken berechnet werden, für die bereits Schadensstatistiken vorliegen. Dies funktioniert beispielsweise für Risiken des Autofahrens – hier liegen Unfallstatistiken vor. Für Unfälle, die sehr selten stattfinden, wie Atomkraftwerksunfälle, können Wahrscheinlichkeit und Schadenshöhe hingegen nur schwierig oder gar nicht kalkuliert werden (Bonfadelli 2004). Für solche Fälle greift diese Definition zu kurz. Dahinden und Schanne (2009) kritisieren ebenfalls die zu enge naturwissenschaftlich-technische Definition und erweitern sie um den Nutzen-

aspekt. Ohne einen Nutzen gibt es keinen Grund, sich auf ein Risiko einzulassen. Damit hängen *Ambivalenz* und *Unsicherheit* zusammen, weil nicht sicher ist, ob ein Gewinn erreicht werden kann oder ein Verlust getragen werden muss.

Auch Beck (2007: 256) widerspricht dieser engen Definition, indem er betont: „Risiko ist nicht reduzierbar auf das Produkt der Wahrscheinlichkeit eines Ereignisses multipliziert mit der Intensität und der Reichweite möglicher Verluste. Risiko ist vielmehr ein durch und unter weltgesellschaftlichen Machtverhältnissen sozial konstruiertes und inszeniertes Phänomen, in dem einige die Kapazität haben, Risiko zu definieren, andere dagegen nicht“. Damit postuliert Beck eine *Dichotomie* zwischen jenen, die entscheiden können, und jenen, welche die Nebenfolgen (er)tragen müssen. Er erläutert, Risiko sei „ein anderes Wort für Macht und Herrschaft“ (Beck 2007: 256), denn nicht immer sind diejenigen, die einem Risiko ausgesetzt sind und im Falle eines Schadens „vielleicht sogar mit ihrem Leben bezahlen müssen“ (Beck 2007: 253), die gleichen Akteure wie die Entscheider.¹ Wenn Menschen Risiken ausgesetzt werden und nicht von den möglichen Gewinnen profitieren können, entsteht laut Beck (2007) eine *Exklusion*; wenn sie zudem nicht über das Risiko informiert werden, das für sie negative Folgen haben könnte, seien sie einer doppelten Exklusion ausgesetzt. „Risiken müssen und können sozial und politisch definiert und produziert werden, sie können versteckt oder aufgedeckt, klein- oder großgeschrieben, nach den durchaus beweglichen wissenschaftlichen und rechtlichen Normen erkannt und anerkannt werden oder aber eben nicht – je nachdem, wer über die Definitionsverhältnisse und die Definitionsmittel verfügt“ (Beck 2007: 255).

Im Kontext der Atomenergie wirft die Thematisierung der Machtverhältnisse die Frage auf, wer in der AKW-Debatte als *Stakeholder* über die Mittel verfügt, die Nutzung der Atomenergie als Risiko zu definieren und als solches öffentlich zu deklarieren; wer als *Entscheider* figuriert, und wer als *Betroffener* einem Risiko ausgesetzt wird. Sind die Entscheider und die Betroffenen die gleichen Akteure? Wenn nicht, sind die Betroffenen über das Risiko vorab informiert worden und hatten sie die Möglichkeit, sich an der Entscheidung zu beteiligen? Sind sie oder wer sonst Nutznießer des versprochenen Nutzens, wegen dem das Risiko eingegangen wurde?

Den *Aspekt der Entscheidung* greift auch Luhmann auf: „Denn von Risiko spricht man nur, wenn eine Entscheidung ausgemacht werden kann, ohne die es nicht zu dem

¹ Geradezu provokativ ist im Zusammenhang mit der Gefährdung von Menschenleben die Aussage Luhmanns (1991), wenn er meint, das Verzichten auf Risiken wäre ein Verzicht auf Rationalität.

Schaden kommen könnte“ (Luhmann 1991: 25). Somit ist ein *Risiko* gemäß Luhmann von einer *Gefahr* zu unterscheiden. Zwar besteht in beiden Fällen die Möglichkeit eines Schadens, aber beim Risiko kann der Schaden als Folge einer Entscheidung eintreten, während er bei einer Gefahr unvermittelt auftritt (Luhmann 1991). Obwohl es für die Wahrnehmung und Akzeptanz eines Risikos von großer Bedeutung ist, ob man „sich freiwillig oder unfreiwillig in gefahrenträchtige Situationen begibt; oder auch ob man meint, die Folgen des eigenen Verhaltens unter Kontrolle zu haben oder nicht“ (Luhmann 1991: 31), unterscheidet die Risikoforschung nur selten zwischen Risiko und Gefahr. Einen *Schaden*, verursacht durch eine Gefahr, kann man *nicht kontrollieren*; aber ein Schaden aufgrund eines eingegangenen Risikos hätte man durch die Entscheidung, das Risiko nicht einzugehen, *kontrollieren* können. Damit ist wieder die *Entscheidungsmacht* thematisiert.

Wenn es aber, wie Luhmann (1991:14) bemängelt, „keinen Begriff des Risikos gibt, der [den] wissenschaftlichen Ansprüchen genügen könnte“, und man darum bezweifeln müsse, „ob überhaupt bekannt ist, worüber gesprochen wird“, ist jede Entscheidung – egal, wer die Entscheidungsmacht innehat – problematisch: Wenn den Ausgesetzten das Risiko nicht bekannt ist oder sogar eine doppelte Exklusion (Beck 2007) besteht, wird die Situation noch heikler. Hier wird nun die *Bedeutsamkeit der Informationsleistung der Massenmedien* in Bezug auf Risiken deutlich sichtbar. Durch *Risikoberichterstattung* sollten alle vom Risiko Betroffenen informiert werden, denn Risiken bedrohen das, was Menschen wertschätzen (Renn 2010: 177). Deshalb sollten auch sie – wenn immer möglich – an den Entscheidungen beteiligt werden. Kompliziert wird dies vor allem dann, wenn alle Nutznießer sein wollen, aber niemand das Risiko im eigenen Hinterhof (engl. sog. „Not in My Back Yard“-Phänomen) haben möchte.

Zu betonen ist nochmals der *Nutzenaspekt*, welcher eine wichtige Rolle in der Risikoperzeption spielt: Wer vom Nutzen profitiert, ist eher bereit, ein Risiko auf sich zu nehmen. Ebenso beeinflusst die Situation, ob das Risiko freiwillig und bewusst eingegangen werden kann, die Risikoperzeption. Besteht ein Gefühl der Hilflosigkeit, wie beispielsweise beim Risiko der ionisierenden Strahlung, die man weder sehen, hören, riechen noch schmecken kann, ist die Risikoperzeption eine andere, als wenn man einem Risiko nicht hilflos ausgesetzt ist. Auch wenn das Risiko „natürlich“ und nicht „man made“ ist, ist die Risikobewertung anders. So wird etwa die Gefährdung durch Luftverschmutzung der Autos mit 34 Prozent als deutlich geringer eingeschätzt als die Gefahr von Atomkraftwerken (61%) (Studer 2013).

Wie die Risikoperzeption von der Informiertheit über ein Risiko und der allgemeinen Bildung abhängt, ist in der Risikoperzeptionsforschung umstritten. Was sich hingegen

in der Forschung deutlich zeigt, sind Unterschiede zwischen Laien und Experten. Die *Komplexität der Thematik* ist ebenso von Bedeutung. Somit spielt nicht immer Rationalität die größte Rolle bei der Risikoperzeption. Die *Risikoeinschätzung* hängt sicherlich auch mit der massenmedialen Risikoberichterstattung zusammen. Je nachdem wie viele Informationen zum Risiko vorliegen, kann die Risikoeinschätzung mehr oder weniger rational sein. Inwieweit das Framing durch die Medien die Meinungen der Rezipienten beeinflusst, wurde in der Forschung zur Konsistenz- und Dissonanztheorie diskutiert. Eine Risikoeinschätzung baut meist auf den schon bestehenden Einstellungen auf, beruht aber auch auf einem sog. „Bauchgefühl“ bzw. wird durch Rückgriff auf *Heuristiken* gebildet (Bonfadelli 2004; Klinke/Renn 2002; Renn 2006; Sjöberg 2000; Slovic 1987).

Zusammenfassend können vier Schritte im Prozess der Risikoregulierung nach Renn (2006), der sich auf Kolluru (1995) bezieht, unterschieden werden: Der erste Schritt besteht aus der *Risikoeinschätzung*: Was ist das Risiko und wie hoch ist das Risiko? Der zweite Schritt ist die *Risikoevaluation*: Wie sieht die Risikoperzeption aus? Wie akzeptabel ist das Risiko? Der dritte Schritt beinhaltet das *Risikomanagement*: Welche Möglichkeiten gibt es, das Risiko zu minimieren? Der vierte und letzte Schritt ist die *Risikokommunikation*: Wie kann Transparenz, Verständnis und im besten Falle Einigkeit darüber erreicht werden, wie das Risiko zu managen ist? – Die *Risikokommunikation* der Experten und die *Risikoberichterstattung* der Massenmedien spielen also für die politische und öffentliche Risikoeinschätzung und -akzeptanz eine wichtige Rolle. Auch für die Wissenschaft selbst ist die Medienberichterstattung von Bedeutung.

3.2 Rolle und Funktionen von Medien in der Risikogesellschaft

In einer *Risikogesellschaft*, in der Risiken global geworden sind und weder räumlich, zeitlich noch von sozialen Klassen Grenzen gesetzt werden (Beck 1986, 2002), ist die *Qualität der Medienberichterstattung über Risikothemen* im Zusammenhang mit politischen Entscheidungen besonders relevant, insbesondere in einem direktdemokratischen politischen System wie dem der Schweiz. Die mediale Berichterstattung über Atomkraft und AKW-Unfälle ist eine wichtige Quelle für die Risikoeinschätzung und die Meinungsbildung der Bevölkerung. Für eine funktionierende Demokratie ist eine ausgewogene und realitätsadäquate Medienberichterstattung über politisch zu entscheidende Risikothemen von großer Wichtigkeit. Insofern ist die *Analyse der Berichterstattung* nicht nur aus kommunikationswissenschaftlicher Perspektive interessant, sondern sie erfüllt auch eine gesellschaftlich relevante Aufgabe. Zaller (2003) spricht darum die Frage der *Nachrichtenqualität* an: Stellen Nachrichten eine genügend ge-

haltvolle und engagierende Ration von politischen Informationen bereit, um die Demokratie funktionieren zu lassen? Es ist schwierig, diese normative Frage zu beantworten, denn was heißt im konkreten Fall „genügend“? Um sich einer Antwort anzunähern, ist zu klären, welche Ansprüche an die Berichterstattung gestellt werden müssen. Dafür muss man entscheiden, aus welcher demokratietheoretischen Perspektive man die Antwort sucht.

Strömbäck (2005) argumentiert, dass unterschiedliche *Demokratiemodelle* zu unterschiedlichen (normativen) Erwartungen den Journalismus führen. Er diskutiert idealtypisch vier Modelle: Das *Marktmodell* (Procedural Democracy), die *Konkurrenzdemokratie* (Competitive Democracy), das *partizipative Demokratiemodell* (Participatory Democracy) und die *deliberative Demokratie* (Deliberative Democracy).

In diesen vier Modellen werden eine Reihe *normativer Erwartungen an den Journalismus* formuliert, aus denen nachfolgend Schlussfolgerungen für die Risikoberichterstattung gezogen werden: Das Marktmodell verlangt, dass die Nachfrage nach Informationen durch die Bürger vorhanden sein sollte. Dabei ist allerdings zu beachten, dass das Informationsbedürfnis bezüglich spezifischer Risiken gar nicht gegeben sein kann, wenn die Bevölkerung das Risiko gar nicht kennt. Vielleicht ist der Informationsbedarf auch nicht im *richtigen* Moment gegeben, wobei mit *richtig* der Moment vor dem Schadenseintritt gemeint ist. Hier kommt dem Journalismus eine wichtige Rolle zu, denn es ist an den Medien gelegen, die Risikogesellschaft zu beobachten und Informationen zu relevanten Risiken weiterzugeben.

Diese Forderung leitet über zum konkurrenzdemokratischen Modell, in dem die realitätsadäquate Information als Leistung des Journalismus hervorgehoben wird: Wenn Journalisten in Bezug auf Risiken übertreiben oder relevante Informationen nicht liefern, stellt dies ein Problem für die rationale Risikoeinschätzung dar (Strömbäck 2005). Die „Proportionalität“ zur Realität ist jedoch nicht einfach zu erreichen. Zum einen tendieren Laien dazu, unwahrscheinliche Risiken mit hohem Schadenspotential zu überschätzen (Lofstedt 2003; Slovic 1987), zum anderen werden sie in der heutigen *Medienlogik* auch vom Journalismus vielfach unverhältnismäßig dargestellt (Brosius 2004; Kitzinger 1999; Ruhrmann 2003). Wenn es aber um Risiken mit einem potentiell sehr hohen Schaden geht, deren Akzeptanz von einer politischen Entscheidung abhängig gemacht wird, dann ist es wichtig, dass alle Informationen öffentlich transparent auf den Tisch gelegt werden. Aber die Medien können hierfür nicht allein die Verantwortung übernehmen, sondern es sollte auch im Interesse der Experten in den jeweiligen Risikofeldern sein, Journalisten und Bevölkerung auf potentielle Risiken aufmerksam zu machen.

Im partizipativen Demokratiemodell hat der Bürger, wie der Name partizipativ bereits andeutet, eine aktive Rolle, was hohe Ansprüche an den Journalismus stellt: Die Berichterstattung sollte nicht nur der Realität entsprechen und über gesellschaftliche Probleme aufklären, sondern zusätzlich auch Informationen zum Funktionieren der relevanten gesellschaftlichen Entscheidungsprozesse zur Verfügung stellen (Strömbäck 2005). Wenn es um Risiken auf gesellschaftlicher Ebene geht, über die gesellschaftsweit diskutiert und entschieden werden muss, dann wird die *Partizipation* der Bürger relevant.

Das deliberative Demokratiemodell ähnelt dem vorherigen partizipativen Modell. Zusätzlich spielt aber die argumentative Diskussion als Basis von politischen Entscheidungen eine wichtige Rolle. Dafür braucht es eine aktive Teilnahme von Journalismus und Medien sowie die Bereitstellung einer offenen Arena der Kommunikation, weil der Zugang der Bevölkerung zu politischen Diskussionen hauptsächlich durch die Medien ermöglicht wird. Der Journalismus soll aktiv eine politische Debatte fördern, die durch Objektivität, Rationalität, intellektuelle Ehrlichkeit und Gleichberechtigung zwischen den Diskursteilnehmern gekennzeichnet ist (Strömbäck 2005). Es werden somit hohe Ansprüche an die Risikoberichterstattung in Bezug auf die Atomenergie gestellt.

Bakir (2010) fasst in vier Dimensionen die normativen Ansprüche an die Medien bezüglich Risiken zusammen, die in der Medien-Risiko-Forschung untersucht werden: Erstens wird untersucht, wie Medien *Wissen* über Risiken zur Verfügung stellen, um die Bevölkerung zu *informieren*; zweitens, wie sie an der öffentlichen *Akzeptanz* von Risiken mitwirken; drittens, wie sie die Öffentlichkeit dazu motivieren, *Verantwortung* zu übernehmen und zu *handeln*, und viertens, wie sie durch Medien-Stories und Bilder kognitiv-affektive Schemata („imaginative“) zur Verfügung stellen und so Risikovorstellungen formen.

3.3 Bilanz und Forschungsfrage

Im einführenden theoretischen Teil wurde diskutiert, was unter „Risiko“ verstanden wird. Gerade weil das Wort „Risiko“ meist negativ konnotiert wird, ist darauf hinzuweisen, dass im Rahmen dieses Beitrags alle Komponenten, darunter auch der Nutzen, angesprochen sind. Mit dem Eingehen eines Risikos sind sowohl Schaden als auch Nutzen verbunden, quasi ein Nutznießen mit einem potentiell bitteren Nachgeschmack.

Es wurde weiterhin aufgezeigt, dass die Risiken moderner Technologien wie der Atomenergie keine objektiv feststellbaren Sachverhalte sind, welche durch Experten quasi autonom festgelegt werden können. Risiken werden vielmehr in *komplexen Pro-*

zessen der Entscheidungsfindung zwischen den verschiedenen Akteuren der Zivilgesellschaft mehr oder weniger transparent und mit unterschiedlichem Grad an Partizipation ausgehandelt. Dabei spielen in demokratischen Gesellschaften nicht zuletzt die Medien eine wichtige Rolle, indem sie eine *öffentliche Arena für die Diskussion und Entscheidungsfindung* bereitstellen. Neue wissenschaftliche Erkenntnisse und aktuelle Ereignisse, wie die Atom-Katastrophe in Fukushima, können den Risikodiskurs wieder aufleben lassen und politische Folgeprozesse zur zukünftigen Energieversorgung bzw. zum Atomausstieg initiieren oder neu beleben.

Mit dem Fokus auf gesellschaftliche Kommunikation und deren Effekten, ist es das *Ziel unserer empirischen Studie*, die Folgen der japanischen Atom-Katastrophe auf die Medienberichterstattung und auf den öffentlichen Diskurs über die Atomenergie in der Schweiz zu analysieren. Basierend auf der am Anfang vorgestellten Risikodefinition standen drei *Fragestellungen* im Zentrum:

Forschungsfrage 1: In welchen Formen werden die erwähnten Risikokomponenten (Entscheidung, Nutzen, Zukunft, Eintrittswahrscheinlichkeit, ungewisses Ausmaß und Schaden) in der Berichterstattung nach Fukushima sichtbar und in welcher Intensität kommen sie vor?

Mit der hier verwendeten Risikodefinition wird der Risikodiskurs geöffnet und der Versuch gestartet, die Forschung zur Risikoberichterstattung aus der Sackgasse einer Fokussierung allein auf Defizite der Berichterstattung herauszuführen. Mit dieser Definition wird nicht verlangt, dass das Konzept „Risiko“ auf Artikelebene ganzheitlich behandelt wird. Eine solche Forderung stimmt weder mit der Natur des Risikos als dynamisches Konstrukt noch mit der Medienlogik überein. Zudem wäre der Rezipient durch ständige Repetition eher abgestumpft als gut informiert. Als angemessen erscheint vielmehr, wenn einzelne Risikokomponenten auf Artikelebene genannt werden.² Risikoberichterstattung setzt sich aus Phasen zusammen, so die Vermutung, in welchen unterschiedliche Risikokomponenten relevant sind und thematisiert werden.

Forschungsfrage 2: Von welchen äußeren Einflüssen (politische und wirtschaftliche Interessen) wird die Presseberichterstattung beeinflusst und in welchem Ausmaß wird dies in der Risikoberichterstattung sichtbar?

² Ohne an dieser Stelle vertieft auf die Framing-Forschung und -Diskussion eingehen zu können, soll immerhin auf die Ähnlichkeit zu den Framing-Elementen von Entman (1993) hingewiesen werden.

Forschungsfrage 3: Zu welcher Medienaufmerksamkeit führte der Unfall und welche Wirkungen hatte die Berichterstattung der Medien auf die Risikowahrnehmung der Atomenergie durch die Bevölkerung?

4 Empirische Umsetzung

4.1 Methodik und Stichproben

Um die Frage der Risikoberichterstattung im Kontext der Fukushima-Katastrophe auf den Grund zu gehen, fokussierte unsere Studie auf die Sonntagspresse in der Schweiz als Analysegegenstand. Die Sonntagspresse wurde gewählt, weil davon ausgegangen werden kann, dass sie dem Thema genügend Raum beimisst und gleichzeitig mit einer gewissen Distanz zum aktuellen Geschehen auch mit vertieften Hintergrundberichten gerecht zu werden versucht.

Um die Berichterstattung zur Atomenergie nach Fukushima über ein Jahr nach dem Unfall zu untersuchen, wurden alle zum Thema relevanten Artikel der drei großen Schweizer Sonntagszeitungen analysiert.³ Die Zeitungen *NZZ am Sonntag* (Auflage ca. 130.000, rechtsliberal), die *SonntagsZeitung* (Auflage knapp 190.000, politische Mitte) und der *SonntagsBlick* (Auflage knapp 240.000, linksliberal) repräsentieren die größten deutschsprachigen Sonntagszeitungen in der Schweiz und decken das politische Spektrum breit ab (Blum 2011). Gleichzeitig unterscheiden sie sich nach dem Anspruchsniveau. Die *NZZ am Sonntag* ist als *Elitezeitung* vergleichbar mit der Frankfurter Allgemeinen Zeitung in Deutschland; die *SonntagsZeitung* ist sowohl vom Anspruchsniveau als auch hinsichtlich ihrer politischen Haltung ähnlich wie die Süddeutschen Zeitung, und der *SonntagsBlick* ist eine *Boulevardzeitung* analog zur Bild-Zeitung.

Im Zeitraum der Analyse (13. März 2011 bis 25. März 2012) wurden insgesamt 423 Artikel zum Thema „Fukushima“ bzw. „Atomenergie im Kontext von Fukushima“ identifiziert. Die *NZZ am Sonntag* berichtete am meisten über den Unfall selbst und die nachfolgende politische Debatte zum Atomausstieg (45%, n=189). Die *SonntagsZeitung* berichtete ebenfalls viel über das Thema. Hier fanden sich 41 Prozent aller Artikel (n=172), während der *SonntagsBlick* dem Thema im Vergleich mit nur 15 Prozent

³ Die Inhaltsanalyse wurde im Rahmen eines Masterseminars am IPMZ – Institut für Publizistikwissenschaft und Medienforschung der Universität Zürich durchgeführt. Für das gesamte Codebuch wurde eine zufriedenstellende Inter-coder-Reliabilität von 0.83 Lotus erreicht.

(n=62) nicht so häufig Aufmerksamkeit geschenkt hat. Erhoben wurden u.a. die *Risikokomponente* der Presseberichte bezüglich der Themen der Artikel, des Fokus auf Nutzen und Schaden sowie des Atomausstiegs, zudem die *Tendenz der Berichte* (*pro* vs. *kontra Atomenergie*) und die *Akteure* und deren Nutzen- und Risikoaussagen.

Parallel zur standardisierten Inhaltsanalyse der Berichterstattung der Sonntagspresse wurden von den Autoren mehrere repräsentative telefonische Befragungen⁴ (CATI) der Schweizer Bevölkerung zum Informationsverhalten über die Fukushima-Katastrophe und zur persönlichen Einschätzung und Bewertung der Atomenergie konzipiert und durchgeführt (Bonfadelli/Kristiansen 2013; Kristiansen/Bonfadelli 2013). Dabei ging es nicht zuletzt darum, ein vertieftes Verständnis der Folgen der Berichterstattung durch die Medien auf die Meinungen der Bevölkerung zu erlangen, wobei das *Informationsverhalten* einerseits, aber auch die *Risikowahrnehmung* und das *Vertrauen* der Bevölkerung in die involvierten Akteure interessierten.

Die erste repräsentative Befragung wurde Anfang 2012, ein Jahr nach der Fukushima-Katastrophe, mit 806 in der Schweiz stimmberechtigten Personen ab 18 Jahren vom GfS-Forschungsinstitut in Zürich durchgeführt. Die damals zufällig kontaktierten und befragten Personen wurden gefragt, ob sie bereit wären an einem zweiten vertiefenden Gespräch teilzunehmen. Von denjenigen, die sich hierzu bereit erklärt hatten, wurden insgesamt 18 Deutschschweizer anhand ihres *Wissensstands* zur Atomkraft (hoch/tief) und ihres *Vertrauens* in das Eidgenössische Nuklearsicherheitsinspektorat (ENSI)⁵ (hoch/tief) sowie ihres Wohnorts (AKW-fern/AKW-nah) ausgewählt. Im Zeitraum vom 11. bis 25. März 2013 wurden schließlich qualitative Telefonleitfadeninterviews mit acht Frauen und zehn Männer durchgeführt. Vier davon waren 23–40 Jahre, fünf davon 43–61 Jahre und neun davon 64–89 Jahre alt. Somit überwiegen ältere Menschen im Sample. Die Bildungsverteilung ist eher ausgewogen. Interviewt wurden sieben Personen mit obligatorischer Schulbildung bzw. einer Berufslehre, fünf Personen mit Matura bzw. höherer Fachausbildung oder Fachhochschule und sechs Personen mit Hochschul- oder Universitätsausbildung. Die beiden Gruppen AKW-fern bzw. AKW-

⁴ Hier werden vor allem zwei von vier Befragungen aufgegriffen.

⁵ Die erste Befragung wurde im Rahmen einer Studie für das Eidgenössische Nuklearsicherheitsinspektorat (ENSI) von den Autoren konzipiert und in Auftrag gegeben. Auch die qualitative Folgeinterviews waren Teil dieses Projektes. Zudem wurden zwei Jahre nach der Fukushima-Katastrophe, also im Frühling 2013, im Rahmen einer Omnibus-Befragung des GfS-Forschungsinstituts Zürich bei 1013 Personen ab 18 Jahren in der Deutsch- und Westschweiz einige Fragen aus dem ersten Survey noch einmal gestellt. Auch einige Ergebnisse dieser Studie werden nachfolgend dargestellt.

nah waren mit je neun Personen vertreten. Dieser Beitrag konzentriert sich hauptsächlich auf die Ergebnisse dieser qualitativen Leitfadeninterviews.

Tabelle 1: Befragungen zu Fukushima in der Schweiz

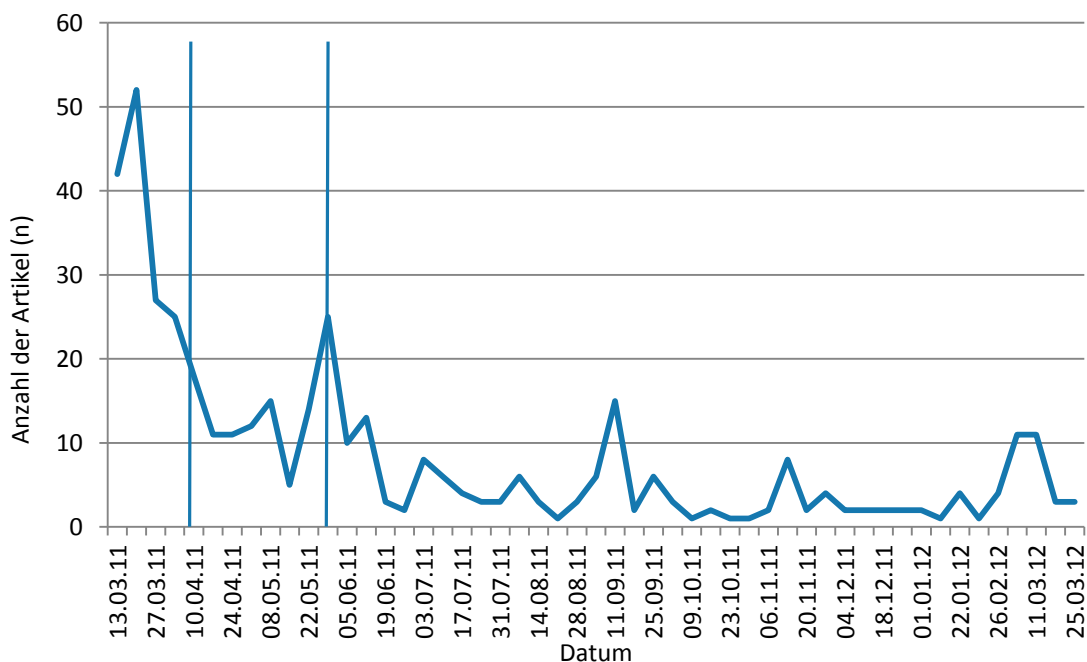
Ein Jahr nach Fukushima 6.3.-24.3.2012	Gebiet Methode Stichprobe	Deutsch-, West-, Südschweiz Standardisierte Telefonbefragung (GfS-Institut Zürich); ENSI-Studie n=806
Zwei Jahre nach Fukushima 11.3-25.3.2013	Gebiet Methode Stichprobe	Deutschschweiz Telefonleitfadengespräche (IPMZ); in Studie für das ENSI n=18

5 Befunde

5.1 Berichterstattung über Fukushima in der Sonntagspresse

Die Katastrophe im Atomkraftwerk bei Fukushima in Japan war ein *Schlüsselereignis* für die Medien auf der ganzen Welt, nicht nur in der Schweiz. Konsonant zu den Befunden aus der Katastrophenberichterstattung war die Intensität der Berichterstattung in der Anfangsphase sehr hoch und fiel danach rasch ab (Abbildung 1). Auf den ersten Monat März 2011 nach der Katastrophe entfielen 30 Prozent und auf die beiden Folgemonate April und Mai jeweils rund 15 Prozent der untersuchten Berichterstattung.

Abbildung 1: Intensität der Berichterstattung im Zeitverlauf



Singer und Endreny (1987: 14) bilanzieren hierzu: „The media do not report on risks; they report on harms”. Ob dies stimmt, hängt natürlich vom Risikobegriff ab, und wie darauf zugegriffen wird. Wenn man jedoch davon ausgeht, dass die Berichterstattung in Phasen, wo keine gravierenden Unfälle stattfinden, zurückgeht, bedeutet das für die Risikoberichterstattung, dass sie entweder kaum stattfindet oder aber das breiter gesucht werden muss. In Routinephasen der Berichterstattung sollten deswegen weitere Suchkriterien einbezogen werden, um tiefere Einblicke zu gewinnen, beispielsweise in unserem Fall die Energiedebatte allgemein oder benachbarte Themenbereiche wie der Klimawandel.

Mit fast 70 Prozent dominierten längere Artikel und Hintergrundberichte in der Berichterstattung der Sonntagszeitungen (Tabelle 2); Kurzmeldungen waren selten. Daneben kamen Interviews mit 12 Prozent relativ häufig vor, während Kommentare mit sechs Prozent eher selten publiziert wurden. Betrachtet man den Raum, den die Berichterstattung einnahm, so wurde das Thema gründlich behandelt.

Tabelle 2: Genres der Berichterstattung

	NZZ am Sonntag	Sonntags- Zeitung	Sonntags- Blick	Insgesamt
n	189	172	62	423
	%	%	%	%
Kurzmeldung	8	8	11	8
(Hintergrund-)Bericht	73	69	58	69
Interview	8	15	16	12
Kommentar	6	6	7	6
Sonstiges	5	3	8	5

Themen in der Berichterstattung

Die Analyse der Berichterstattung hinsichtlich der Hauptthemen der Artikel zeigt über die drei Zeitungen hinweg ein ähnliches Muster (Tabelle 3). Betrachtet man die Berichterstattung des ganzen Jahres, dann relativiert sich der Anteil der Berichte über die Naturkatastrophe und den AKW-Unfall und die unmittelbaren Folgen (Strahlung, Betroffene & Opfer) auf weniger als 20 Prozent. Der Unfall im Atomkraftwerk wurde zu einem *Trigger-Event* und löste eine *politische Debatte über Atomenergie und Atomenergiepolitik* aus; fast 40 Prozent aller Artikel beschäftigten sich damit. Somit ist die Risikokomponente der *Entscheidung* deutlich sichtbar in der Berichterstattung. Auf der anderen Seite wurden auch Themen der zukünftigen Energieversorgung wie erneuerbare Energien und Energieeffizienz mit einem Anteil von knapp über 20 Prozent fokussiert. Damit ist die Risikokomponente der *Zukunft* vorhanden, allerdings nicht speziell der *zukünftige Nutzen oder Schaden*. In der Schweiz wurde dieser Aspekt nicht zuletzt

durch die früh einsetzende politische Debatte in Deutschland über den Atomausstieg und dessen Folgen angestoßen. Dennoch stand bei gut der Hälfte der Artikel der Bezug zur Schweizer Politik im Zentrum. Risiko- und Sicherheitsthemen waren weniger prominent als andere Themen: Nur sieben Prozent der Artikel beschäftigten sich mit dieser Thematik, vermutlich, weil die Wahrscheinlichkeit, dass etwas passieren könnte, kaum berechenbar ist.

Der eingetretene Schaden in Japan, die Berichterstattung darüber und die Risiko- und Sicherheitsthematisierung lassen das Risikobewusstsein in der Bevölkerung ansteigen und dies wirkt wiederum als Katalysator der politischen Diskussion. Somit ist der politische Diskurs Fortsetzung bzw. Teil des Risikodiskurses. Die Entscheidung steht am Anfang der Risikodefinition; ohne Entscheidung kein Risiko (siehe auch Luhmann 1991). Wenn dann der politische Diskurs – wie in diesem Fall – wieder aufblüht, ist dies vermutlich ein Zeichen für das erneute Abwägen von Nutzen vs. Schaden, sprich der Entscheidung, das Risiko (weiterhin) einzugehen oder – im Falle des Ausstiegs aus der Atomenergie – eben nicht länger zu akzeptieren.

Tabelle 3: Hauptthemen der Berichterstattung

	NZZ am Sonntag	Sonntags- Zeitung	Sonntags- Blick	Insgesamt
n	189	172	62	423
	%	%	%	%
Atomenergie & -Politik	35	45	34	39
Neue & Erneuerbare Energien	17	9	7	12
AKW-Unfall	7	8	18	9
Energieeffizienz/-Versorg./-Preise	13	4	10	9
Risiko & Sicherheit	3	11	8	7
Strahlung	5	2	3	4
Naturkatastrophe	3	2	3	3
Betroffene & Opfer	3	2	2	2
Sonstiges	14	17	16	16

Zusätzlich zum Hauptthema wurde das Vorkommen der zwei zentralen Komponenten der Risikodefinition separat erhoben, *Nutzen* einerseits und *Schaden* andererseits. Wie häufig werden der *Nutzen* der Atomenergie (für die Wirtschaft, für zentrale menschliche Bereiche oder für die Unabhängigkeit etc.) und der *Schaden* durch den Unfall oder potentielle zukünftige Schäden erwähnt?

Angesichts des Unfalls in Fukushima erstaunt nicht, dass in fast der Hälfte der Artikel ein Schaden erwähnt wurde. Ein Nutzen der Atomenergie wurde mit knapp 30 Prozent seltener erwähnt. Dies weist darauf hin, dass in der Berichterstattung zwar die negative

Seite der Atomenergie überwiegt, aber auch der Nutzen deutlich sichtbar gemacht wird.

Tabelle 4: Risikokomponenten Nutzen und Schaden

	NZZ am Sonntag	Sonntags- Zeitung	Sonntags- Blick	Insgesamt
n	189	172	62	423
	%	%	%	%
Schaden erwähnt	50	47	55	49
Nutzen erwähnt	30	28	24	29

Tendenz in der Berichterstattung

Dieses Gegenüberstellen von Schaden und Nutzen wird auch in der Tendenz der Berichterstattung deutlich. Betrachtet man die in der Berichterstattung erkennbaren Tendenzen für bzw. gegen die Atomenergie, so ist zunächst einmal festzustellen, dass sich in gut zwei Dritteln der Artikel keine expliziten Wertungen bzw. Stellungnahmen finden (Tabelle 5). Die Berichterstattung war also *objektivierend* oder *rapportierend*. War eine Wertung sichtbar, überwog eine negative Tendenz, die sich in der häufigeren Thematisierung des Schadens im Vergleich zum Nutzen zeigte. In jedem fünften Artikel wurde klar gegen die Atomenergie Stellung genommen. In zehn Prozent der Artikel wurden sowohl befürwortende als auch ablehnende Argumente gegeneinander abgewogen und in nur drei Prozent wurde die Atomenergie explizit befürwortet. Im Einklang mit der *redaktionellen Linie* erfolgte die explizit negative Bewertung der Atomenergie besonders stark beim Boulevardblatt *SonntagsBlick* (in fast 40% der Artikel). Insgesamt kann somit von einer *negativ angehauchten Berichterstattung* gesprochen werden.

Tabelle 5: Tendenz der Berichterstattung über Atomenergie

	NZZ am Sonntag	Sonntags- Zeitung	Sonntags- Blick	Insgesamt
n	189	172	62	423
	%	%	%	%
Explizit befürwortend (pro)	3	5	2	3
Explizit ablehnend (kontra)	14	20	39	20
Ambivalent (pro & kontra)	9	11	8	10
Keine Stellungnahme erkennbar	67	58	45	60
Nicht feststellbar	7	6	6	7

Dieser Trend spiegelt sich auch in der Thematisierung des Atomausstiegs wieder. In der Berichterstattung der Sonntagspresse wird die öffentliche, aber auch politische Stimmung gegen die Atomenergie im Gefolge der Atomkatastrophe von Fukushima

ersichtlich. Diese öffentliche Debatte hat in der Schweiz dazu geführt, dass der schrittweise *Ausstieg aus der Atomenergie* im Bundesrat beschlossen worden ist. In der Berichterstattung selbst wird der Ausstieg praktisch in jedem zweiten Artikel (47%) angesprochen. Die Thematisierung des Ausstieges entspricht deutlich einer *Zukunftskomponente* des Risikodiskurses: Soll in Zukunft das Risiko nicht eingegangen werden? Gleichzeitig ist diese Debatte auch ein Teil der *Entscheidung*.

Was die *Akteure* und somit den Zugang zur öffentlichen Rede anbelangt, dominierten *Schweizer Politiker*. Von den insgesamt 1003 identifizierten Akteuren⁶, kam in 62 Prozent der 423 Artikel ein Schweizer Politiker zu Wort. *Wissenschaftler und weitere Experten* aus der Energiebranche kamen in 56 Prozent und Wirtschaftsvertreter sowie AKW-Betreiber in 37 Prozent zu Wort. In jeweils 17 Prozent der Artikel konnte sich ein ausländischer Politiker äußern. In ebenso vielen Beiträgen kam ein Betroffener oder ein Vertreter der Bevölkerung zu Wort. Nur in sieben Prozent konnten *AKW-Gegner* ihre Argumente in den Diskurs einbringen. Deutlich weniger vertreten waren die *AKW-Befürworter* (1%). Die Befunde verdeutlichen, dass in der Medien-Arena ein politisierter Diskurs ausgetragen wurde, der mit Aussagen und Argumenten von Wissenschaftlern und Experten gut unterfüttert war. Auch die Wirtschaft kam in der Debatte nicht zu kurz.

Die Akteure haben insgesamt häufiger ein Risiko erwähnt als einen Nutzen. Von allen Akteuren haben 17 Prozent ein Risiko genannt, während nur vier Prozent von einem Nutzen gesprochen haben. Drei Prozent haben beides angesprochen, aber die Mehrheit (76%) hat weder Risiko noch Nutzen thematisiert. Auch in den Aussagen wird somit eine leicht negative Tendenz sichtbar.

5.2 Themeninteresse und Risikoperzeption in der Bevölkerung⁷

Vor dem Hintergrund dieser Befunde stellt sich die Frage, welche Reaktionen die Berichte der Medien bei der Bevölkerung ausgelöst haben. Dabei galt es in einem ersten Schritt abzuklären, inwiefern die *Bevölkerung* dem Ereignis „Fukushima“ in den Medien überhaupt *Aufmerksamkeit* geschenkt hat.

⁶ Mehrfachcodierungen: Es wurden pro Artikel maximal drei Hauptakteure codiert; zusammen waren dies 1003 Akteure in den 423 untersuchten Artikeln.

⁷ Die nachfolgend präsentierten Befragungsergebnisse, im Rahmen eines von ENSI in Auftrag gegebenen Projekts erhoben, sind auch in Berichten für das ENSI publiziert worden. Diese Berichte sind zum Zeitpunkt der Publikation dieses Beitrags allerdings nur begrenzt öffentlich zugänglich (siehe auch Bonfadelli/Kristiansen 2013; Kristiansen/Bonfadelli 2013).

In den qualitativen Leitfadengesprächen von 2013, also zwei Jahre nach Fukushima, gab mehr als die Hälfte an, die *Medienberichterstattung über den Atomunfall intensiv verfolgt* zu haben. Die weniger interessierten Personen sagten beispielsweise: „Ich habe die Berichte der Tageszeitungen gelesen und die Fernsehnachrichten darüber mitverfolgt. Zusätzliche Informationen habe ich aber nicht gesucht“ (M 68 +). Oder: „Ich habe Radio- und Fernsehnachrichten mitverfolgt. Ich habe mir aber keine zusätzlichen Informationen geholt oder Zeitschriften extra aufgrund dieses Themas gekauft. Unsere Kirche hat das Thema auch behandelt, dadurch haben wir es ein bisschen intensiver mitbekommen“ (F 54 -). Und: „Wir haben keine Tageszeitung, darum haben wir das Ganze nur in Fernsehen und Radio mitverfolgt“ (M 80 --).⁸

Nach Einschätzung der meisten Befragten hat sich ihr *Interesse an der Thematik* seit 2011 nur leicht verringert. Etwa die Hälfte gibt an, das Thema immer noch „gleich intensiv“ oder „ziemlich stark“ zu verfolgen; aber „es kommt halt weniger in den Medien“ (M 47 -). Allerdings äußerten fünf Personen ein geringeres und weitere vier Personen nur noch ein abgeschwächtes oder sogar kein Interesse mehr zu haben. Im Vergleich der Gruppen zeigte sich, dass *bei hohem Vertrauen in die Regulierungsinstanzen* wie ENSI die Beachtung des Themas offenbar etwas geringer war. Bezüglich der *Haltung gegenüber der Atomenergie* waren es vor allem die Gegner der Atomenergie, welche die Berichterstattung über Fukushima deutlich intensiver verfolgten. Das gleiche gilt für diejenigen, deren Wohnort sich in der Nähe eines AKW in der Schweiz befindet. Schließlich zeigte sich nicht überraschend, dass die weniger Informierten die Berichterstattung auch weniger intensiv beachtet hatten.

Bei der *Beachtung der Medienberichterstattung* über „Fukushima und Atomenergie“ macht sich also bei den *sensibilisierten Mediennutzern* mit stärker verankerten Einstellungen (Eaton/Majka/Visser 2009) und hoher Informiertheit ein „*Priming-Effekt*“ (Bonfadelli/Friemel 2011) bemerkbar: Obwohl die Medienberichterstattung über die Fukushima-Katastrophe rasch abflachte, bewirkte sie bei Teilen der Bevölkerung offenbar doch ein anhaltendes kognitives Priming bzw. Framing, was die Sensibilisierung und Aufmerksamkeit gegenüber späteren Medienberichten zum Thema „Fukushima“ deutlich erhöht hat.

⁸ M=Mann, F=Frau, Alter, ++ klar für Atomkraft, + eher dafür, - eher dagegen, -- klar dagegen.

Perzipierte Medienwirkungen

In einem weiteren Schritt wurde untersucht, *welche Effekte* die Beachtung der Medienberichterstattung auf die Meinungen zur Atomenergie ausgeübt hatte. In den im Frühling 2013 durchgeführten Leitfadengesprächen wurde nicht, wie in der Meinungsforschung üblich, die *Einstellung zur Atomenergie* gemessen und eine Veränderung im Zeitverlauf analysiert (Kristiansen/Bonfadelli 2013), sondern die Mediennutzer wurden direkt gefragt, ob die Berichterstattung nach der Atomkatastrophe einen Einfluss auf ihre Haltung gegenüber der Atomenergie gehabt habe. Es wurde also der *perzipierte Medieneinfluss* erhoben.

Die Medienberichterstattung im Jahr 2011 hatte nach Selbstauskunft der Befragten bei fünf der 18 Interviewteilnehmer einen Einfluss auf ihre Haltung zur Atomenergie. Im repräsentativen Omnibus-Survey⁹ zwei Jahre nach dem Unfall (2013) berichtete sogar fast die Hälfte der Befragten von einem Einfluss der Berichterstattung. Die wahrgenommenen Wirkungen der Medien waren aber sehr unterschiedlich. Zum einen wurden vorhandene Einstellungen für aber vor allem gegen die Atomenergie durch die Medienberichterstattung bestätigt und verstärkt: „Ich war auch schon vorher nicht begeistert von Atomenergie“ (M 80 --). Oder: „Mir wurde bewusst, dass wir auf andere Energiequellen ausweichen müssen. Atomenergie ist eine Zeitbombe. Es hat mich stark bekräftigt in meiner Ansicht“ (F 37 -). Zum anderen hat die Berichterstattung in gewissen Fällen eine *Einstellungsänderung* evoziert: „Ich war ganz früher mal für Atomkraft, doch schon vor dem Unfall habe ich meine Einstellung geändert und bin seit anhin dagegen. Früher wusste ich nicht, dass Mühleberg so nahe bei Bern liegt, das wurde mir erst seit dem Atomunfall in Fukushima klar“ (F 79 --). Die Berichterstattung hat zudem die Aufmerksamkeit für das Thema erhöht und die Bevölkerung sensibilisiert und kritisch gemacht: „Die Problematik ist mir bewusster geworden“ (M 87 +). Oder: „Man wird einfach hellhöriger und aufmerksam auf das Problem“ (F 54 -).

Werden die Gruppen bezüglich der berichteten Wirkungen verglichen, dann berichteten deutlich mehr der gut Informierten, der Atomkraftgegner und der Befragten mit einem eher geringen Vertrauen ins ENSI von einem perzipierten Medieneinfluss auf ihre Haltung zur Atomenergie. Die schlecht Informierten mit hohem Vertrauen in

⁹ Zwei Jahre nach Fukushima im Zeitraum 4.3-22.3.2013 wurden in der Deutsch- und Westschweiz 1013 Personen in einem Omnibus-Survey befragt. Durchgeführt wurde die Befragung vom GfS-Zürich Befragungsinstitut.

ENSI war die Gruppe, welche sich durch die Berichterstattung am wenigsten beeinflussen ließ. Dies kann mit der *Dissonanz-Theorie* (Bonfadelli/Friemel 2011) erklärt werden. Die Dissonanz-Theorie geht davon aus, dass es bei einer Diskrepanz zwischen der eigenen Meinung (z.B. der Befürwortung der Atomenergie) und einer zur eigenen Meinung gegenläufige Medienberichterstattung zwar zur Meinungsänderung kommen kann, dass aber die Vermeidung oder selektive Interpretation der quasi störenden Medienberichterstattung häufiger vorkommt.

Sorgen über die Möglichkeit eines Atomunfalls

Neben der Beachtung und der Beeinflussung durch die Medienberichterstattung wurde auch die *persönliche Risikoeinschätzung* erfragt. Es wurde untersucht, ob sich die Befragten *Sorgen über die Möglichkeit eines Atomunfalls* in der Schweiz oder woanders auf der Welt machen. Tabelle 6 zeigt, dass sowohl im standardisierten Survey 2012 als auch in den Leitfadengesprächen ein Jahr später, die Schweizer Atomkraftwerke im Vergleich mit Atomkraftwerken anderswo auf der Welt als sicherer wahrgenommen werden. Dennoch machten sich ein Teil der Befragten große Sorgen wegen eines Unfalls in einem Schweizer Atomkraftwerk und sogar die Hälfte über einen möglichen Unfall in einem Atomkraftwerk sonst irgendwo auf der Welt, „wo sie schlechtere Technologien und weniger gut geschulte Leute in den AKWs einsetzen“ (M 68 +). Mit der Situation in der Schweiz fühlt man sich sicherer: „Ich habe das Gefühl, in der industrialisierten Welt sind wir ein bisschen weiter“ (F 37 -). Und: „Der Zustand der Schweizer AKWs ist besser. Man hat das Gefühl, die Sicherheitsstandards werden eingehalten“ (M 89 +). Gerade hier wird der Einfluss der Medienberichterstattung, in der immer wieder betont wurde, dass die Schweizer Atomkraftwerke verglichen zu jenen im Ausland sicherer seien – auch wegen strengerer Kontrollvorschriften – auf die Risikoeinschätzung bemerkbar. Allerdings ist diese Behauptung später in den Medien speziell durch NGOs wie Greenpeace kritisiert worden.

Tabelle 6: Sorgen wegen einem Atomunfall in der Schweiz oder im Ausland

	Studie	Keine Sorgen				Sehr große Sorgen (5)
		(1)	(2)	(3)	(4)	
		%	%	%	%	%
Machen Sie sich Sorgen wegen der Möglichkeit eines Unfalls in einem Schweizer AKW?	Survey 2012	18	25	30	16	11
	Gespräche 2013	33	28	0	17	22
Machen Sie sich Sorgen wegen der Möglichkeit eines Unfalls irgendwo auf der Welt?	Gespräche 2013	11	17	28	22	22

Es leuchtet ein, dass sich Atomkraftgegner und Personen mit niedrigem Vertrauen ins ENSI, aber auch die gut Informierten deutlich mehr Sorgen über einen weiteren Atomunfall sowohl in als auch außerhalb der Schweiz machen. Der Wohnort gibt hingegen keinen Ausschlag für die Einschätzung des Gefährdungspotentials. Personen, die in der Nähe eines AKWs wohnen, machten sich offenbar nicht mehr Sorgen als andere. Allerdings kann die Nähe des Wohnorts zu einem Atomkraftwerk zu einer entsprechenden Sensibilisierung für die Gefährdung durch die heimischen Atomkraftwerke führen: „Ich mache mir vor allem Sorgen um einen Unfall im AKW Mühleberg“ (F 79 --).

Informationsquellen und Bewertung der Medienberichterstattung

In den Leitfadengesprächen wurde auch nach den *Informationsquellen* ganz allgemein und spezifisch zur Atomenergie gefragt. Darüber hinaus wurde gefragt, wie sie die *Qualität der Medienberichterstattung* persönlich wahrnehmen und *bewerten*. Die Mehrheit findet sich genügend informiert. Allerdings meinen fünf Personen, dass sie zu wenig über die Risiken der Atomenergie informiert seien. Zudem ist man sich der Komplexität der Thematik bewusst: „Die Interpretation dieser technischen Daten ist schwierig“ (F 40 +). Eine gewisse Skepsis gegenüber den AKW-Betreibern und deren Informationsleistung wird ebenso sichtbar: „Man weiß halt nie so recht, ob die AKW Betreiber wirklich alle Informationen rausgeben. Ich würde sagen, es gibt eine fehlende Transparenz“ (F 23 --).

Bei den genutzten *Informationsquellen* zum Thema Atomenergie, aber auch speziell zu den Risiken der Atomenergie stehen – übereinstimmend mit dem Survey von 2012 – die *klassischen Medien Zeitung und Fernsehen* an der Spitze. Die höher Gebildeten im Sample nutzen darüber hinaus *Spezialmedien* wie Fachzeitschriften oder Fachbücher als weiterführende Informationsquellen. Ansonsten fand eine weitergehende *Informationssuche* zum Thema eher wenig statt. Nur ganz wenige Personen gaben an, aktiv Informationen im Internet gesucht zu haben.

Für die Meinungsbildung waren neben den klassischen Massenmedien vor allem *Gespräche* wichtig. So hatte die große Mehrheit der Befragten zum Zeitpunkt des Unfalls im Jahre 2011 mit Freunden und Kollegen über den Atom-Unfall in Fukushima gesprochen. Mehrere Personen meinten, dass diese Gespräche ihre Meinung mit beeinflusst hätten: „Einige Gespräche haben meine Meinung verstärkt, andere haben sie aber auch relativiert bzw. mich zum Nachdenken angeregt“ (F 23 --).

Bezüglich der *Einschätzung der Qualität der Medienberichterstattung* sind die Meinungen geteilt: Die eine Hälfte der Interviewteilnehmer äußerte Kritik an den Medien, aber ungefähr genauso viele fanden die Risikoberichterstattung genügend. Einige Befragte meinten, dass sie das nicht beurteilen könnten. Die *Kritik an den Medien ist vielfältig*. Es wird bemängelt, dass die Medien zu wenig berichten und auch, dass die Berichterstattung „mangelnde Qualität“ aufweise: „In der Zeitung hat’s halt einfach zu wenig Platz für alle Informationen. Ich denke, im Internet kann man sich schon am besten vertiefen“ (M 43 +). Oder: „Ich denke, es wird sicherlich nicht immer alles offengelegt. Man will ja keine Aufruhr erzeugen in der Bevölkerung“ (F 37 -). Und: „Wenn es aktuell ist, ja. Aber die Medien vergessen es auch ganz schnell wieder. Sie sollten auch danach kontinuierlich darüber berichten“ (F 64 --). In einigen Fällen wird auch eine *Frühwarnfunktion* oder gar ein Beitrag zur *Meinungsbildung* von den Medien erwartet, aber immer konsonant zur eigenen Meinung: „Man dürfte aber die Folgen des Unfalls meiner Meinung nach noch dramatischer zeigen, um alle vom Atomausstieg zu überzeugen“ (M 80 --). Aber auch: Die „Betonung auf die Risiken würde der Bevölkerung nur noch mehr Angst machen“ (F 54 -). Dies deutet darauf hin, dass sich die Bevölkerung bewusst ist, dass sie einem Risiko ausgesetzt wird, aber es herrscht eine gewisse Skepsis, ob genügend darüber informiert wird und daraus entsteht die Kritik. Dies auch vor dem Hintergrund der Vermutung, dass politische und wirtschaftliche Interessen hinter einer mangelnden und/oder einseitigen Berichterstattung stehen könnten. Die Befragten scheinen sich bewusst zu sein, dass es keine hundertprozentige Sicherheitsgarantie für Atomkraftwerke gibt. Sie sind sich zudem der Problematik bewusst, dass nicht von heute auf morgen auf andere Energiequellen umgestiegen werden kann. Pragmatismus hat sich an mehreren Stellen in den Interviews gezeigt. Der Wunsch nach Atomausstieg mag vorhanden sein, aber das Bewusstsein, dass es ein komplexes und langwieriges Vorgehen ist, ist präsent.

6 Fazit und Folgerungen

Wie reagieren die Schweizer Medien und die Schweizer auf einem AKW-Unfall in einem fernen Land? Die Schweizer Sonntagspresse berichtet in den ersten drei Monaten direkt nach dem Unfall viel über die Katastrophe und es folgt ein politischer Diskurs, der auch von den Medien abgebildet wird. Dabei wirken verschiedene Faktoren zusammen: Ein AKW-Unfall in einem technologisch hoch entwickelten Land ereignet sich; Deutschland, das große Nachbarland entscheidet sofort, aus der Atomenergie auszusteigen; in der Bevölkerung wird ein „*Fukushima-Effekt*“ sichtbar, sprich, die allgemeine Meinung zur Atomenergie wird verunsichert und das Risikobewusstsein steigt an; eine politische Diskussion über das Sein oder Nicht-Sein der Atomkraft im

eigenen Lande findet statt; und das alles wird in der Medien-Arena öffentlich thematisiert und kontrovers diskutiert: In den Medien wurde das ENSI als Aufsichtsinstanz kritisiert, die Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle (NAGRA) angegriffen, die Energiestrategie 2050 des Bundesrates kontrovers diskutiert, Pläne für die Zukunft des Atommülls entworfen und alternative Energieformen gesucht. Und mitten drin stehen die Forscher und fragen sich, wie sich der Risikobegriff definieren lässt. Was *sollte* Risikoberichterstattung ausmachen und wie sieht sie tatsächlich aus? Wurde der Bürger der Risikogesellschaft durch die unentbehrlichen Massenmedien in Sachen Risiko *genügend* informiert und in die Lage versetzt, um in direkter Abstimmung über die Form des Atomausstiegs aufgrund rationaler Einsicht zu entscheiden?

Die Medien haben berichtet. Sie haben auch den politischen Diskurs in ihrer Berichterstattung abgedeckt und so Partizipation und Deliberation ermöglicht. Ob sie genügend ausgewogen berichtet haben, ist eine schwierig zu beantwortende Frage. Selten wurde in der Berichterstattung Stellung genommen und häufig kamen Politiker und Wissenschaftler sowie Experten zu Wort. Anhand der Ergebnisse kann gefolgert werden, dass die Schweizer Bevölkerung durch das breit abgedeckte politische Spektrum der drei hier untersuchten Sonntagszeitungen Zugang zu verschiedenen Meinungen, aber auch zum faktischen Geschehen in Japan hatte. Im Lichte des deliberativen Demokratiemodells kann vorsichtig geschlussfolgert werden, dass die Medien einen wichtigen Beitrag geleistet haben.

In Sachen Risiko lässt sich schlussfolgern, dass die Phase nach Fukushima eine stark politisierte Phase war, in welcher die *Entscheidungskomponente* im politisch ausgerichteten Diskurs sichtbar wird. Dies zeigt sich an der Thematik der Artikel, dem hohen Anteil der sich äussernden Politiker sowie an der häufigen Thematisierung des Atomausstiegs. Gleichzeitig scheint hier die *Zukunftskomponente* durch, insbesondere mit der Thematisierung von neuen Energieformen. Die *Komponente des Nutzens* wird in den Medien thematisiert, aber auch die des *Schadens* ist nach einem großen Unfall erwartungsgemäß stark betont worden. Kaum Aussagen finden sich zur *Eintrittswahrscheinlichkeit* sowie zum ungewissen Ausmaß eines zukünftigen Schadens, was sowohl an der Natur der Sachen, aber auch an der schwachen Operationalisierung dieser Komponenten in der Analyse liegen kann. In zukünftigen Studien muss dies überdacht und verbessert werden. Zudem sollten sie auch die verschiedenen Phasen der Berichterstattung, gerade auch vor Unfällen, stärker berücksichtigen.

Mit Blick auf die Bevölkerung als *Medienpublikum* kann festgehalten werden dass die meisten Interviewten das Geschehen intensiv verfolgt haben und sie die Medien-

berichterstattung betroffen gemacht hat. Damit haben die *Medien eine wichtige Funktion im Prozess der Risikoberichterstattung und Risikoperzeption* ausgeübt. Die Thematik hat interessiert und das Informationsbedürfnis wurde abgedeckt, so dass sich die große Mehrheit der Befragten durch die Medien über das Thema gut informiert fühlte. Selten haben die Befragten aktiv nach weiteren Informationen beispielsweise im Internet gesucht. Unklar ist, ob dies darauf zurückzuführen ist, dass sie nach der Medienrezeption keine weiteren Fragen mehr hatten, oder weil sie das Thema doch nicht genügend stark betroffen hat. Andererseits meldeten sich aber durchaus auch kritische Stimmen: Berichten die Medien tatsächlich genügend über die Risiken? Sind sie in der Lage, die Komplexität der Atomkraft zu vermitteln? Geben die Experten bzw. die AKW-Betreiber genügend und „wahre“ Informationen weiter? Oder wird vorab versucht, die Angst in der Bevölkerung zu vermeiden?

Weil ein Informationsinteresse seitens der Bevölkerung besteht, das Thema immer noch aktuell ist und aktuell bleiben wird, Atomkraftwerke als komplexe Technologien für menschliche Fehler anfällig sind und weil zudem viele Probleme der Atomenergie immer noch ungelöst sind, kann geschlussfolgert werden, dass die *Risikoberichterstattung der Medien* weiterhin wichtig bleiben wird. Da die Stimmbürger der Schweiz mit großer Wahrscheinlichkeit letztlich an der Urne selber über die Zukunft der Atomenergie entscheiden müssen, sind gerade hier die Informations-, Orientierungs- und Arena-Funktionen der Medien unerlässlich. Die Bevölkerung sollte darum möglichst umfassend über die Risiken sowie über den damit untrennbar verbundenen Nutzen der Atomenergie und alternativer Energieformen informiert werden.

7 Literatur

- Bakir, V. (2010). Media and risk: old and new research directions. *Journal of Risk Research* 13(1), 5-18.
- Beck, U. (1986). *Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Beck, U. (2002). The Terrorist Threat: Word Risk Society Revisited. *Theory, Culture & Society* 19(4), 39-55.
- Beck, U. (2007). *Weltrisikogesellschaft. Auf der Suche nach der verlorenen Sicherheit*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- BFE (2013). Kernenergie. Online verfügbar: <http://www.bfe.admin.ch/themen/00511/index.html?lang=de> [22.03.2014]
- BKW (2013). Media Release. *Mühleberg Nuclear Power Plant. Decommissioning in 2019*. Online verfügbar: <http://www.bkw.ch/media-reader/items/decommissioning-in-2019.html> [22.03.2014]

- Blum, R. (2011). *Kurzgutachten zu den politischen Positionen der Schweizer Medien*. Köln. Nicht publiziertes Manuskript.
- Bonfadelli, H. (2004). *Medienwirkungsforschung II. Anwendungen*. Konstanz: UVK Verlagsgesellschaft.
- Bonfadelli, H. & Friemel, T. (2011). *Medienwirkungsforschung*. Konstanz: UVK Verlagsgesellschaft.
- Bonfadelli, H. & Kristiansen, S. (2013). Meinungen zu Atomenergie und den darin involvierten Akteuren. Ergebnisse einer Studie im Auftrag des Eidgenössischen Nuklearsicherheitsinspektorats. *Bulletin. Fachzeitschrift und Verbandsinformationen von electrosuisse* 4, 12-15.
- Brosius, H. (2004). Die Risiken der Risikokommunikation. Was können wir aus den Medien lernen? *Gesundheitswesen* 66(Sonderheft S1), 86-91.
- Bundesamt für Energie (BFE) (2013). *Kernenergie*. Online verfügbar: <http://www.bfe.admin.ch/themen/00511/index.html?lang=de> [19.11.2013]
- Dahinden, U., & Schanne, M. (2009). Wissenschafts- und Risikokommunikation. In U. Dahinden & M. Schanne (Hrsg.), *Medienrealitäten* (S. 69-88). Konstanz: UVK Verlagsgesellschaft.
- Eaton, A.A., Majka, E.A., & Visser, P.S. (2009). Emerging perspectives on the structure and function of attitude strength. *European Review of Social Psychology* 19(1), 165-201.
- ENSI (2012). Serie Lucens: Kritik an der Sicherheitsbehörde. Online verfügbar: <http://www.ensi.ch/de/2012/06/07/serie-lucens-kritik-an-der-sicherheitsbehoerde/> [19.11.2013]
- Entman, Robert M. (1993). Framing: Toward Clarification of a Fractured Paradigm. *Journal of Communication* 43(4), 51-58.
- Handelszeitung (2011). Geschichte der Schweizer Atomkraft. Online verfügbar: <http://www.handelszeitung.ch/konjunktur/schweiz/geschichte-der-schweizer-atomkraft> [22.03.2014]
- Kitzinger, J. (1999). Researching risk and the media. *Health, Risk & Society* 1(1), 55-69.
- Klinke, A. & Renn, O. (2002). A New Approach to Risk Evaluation and Management: Risk-Based, Precaution-Based, and Discourse-Based Strategies. *Risk Analysis* 22(6), 1071-1094.
- Kolluru, R.V. (1995). Risk assessment and management: a unified approach. In R.V. Kolluru, S.M. Bartell, R.M. Pitblado & S.R. Stricoff (Hrsg.), *Risk Assessment and Management Handbook for Environmental, Health, and Safety Professionals* (S. 1.3-1.41). New York: McGraw-Hill.
- Kristiansen, S. & Bonfadelli, H. (2013). Radioaktive Strahlung ist unsichtbar, löst aber einen Klimawandel in der Bevölkerungsmeinung aus – Meinungsklima, Risikoeinschätzung und Informationsverhalten im Nachgang zu Fukushima. *ATW* 58(4), 242-247.
- Lofstedt, R. (2003). Risk communication: pitfalls and promises. *European Review* 11(3), 417-435.
- Luhmann, N. (1991). *Soziologie des Risikos*. Berlin, New York: de Gruyter.
- Renn, O. (2006). Risk Communication – Consumers Between Information and Irritation. *Journal of Risk Research* 9(8), 833-849.

- Renn, O. (2010). The contribution of different types of knowledge towards understanding, sharing and communication risk concepts. *Catalan Journal of Communication & Cultural Studies* 2(2), 177–195.
- Ruhrmann, G. (2003). Risikokommunikation. In G. Bentele, H. Brosius & O. Jarren (Hrsg.), *Öffentliche Kommunikation. Handbuch Kommunikations- und Medienwissenschaft* (539-549). Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Singer, E. & Endreny, P. (1987). Reporting Hazards: Their Benefits and Costs. *Journal of Communication* 37(3), 10-26.
- Sjöberg, L. (2000). Factors in Risk Perception. *Risk Analysis* 20(1), 1-11.
- Slovic, P. (1987). Risk perception. *Science* 236(4799), 280-285.
- Studer, Nicole (2013): Das Risiko mit dem Risiko. Der Umgang mit dem Risiko ist selbst mit Risiken und Fehleinschätzungen verbunden, ruft eine neue Studie in Erinnerung. *DemoSCOPE News* 2, S. 4.
- Strömbäck, J. (2005). In Search of a Standard: four models of democracy and their normative implications for journalism. *Journalism Studies* 6(3), 331-345.
- Wildi, T. (2003). Der Traum vom eigenen Reaktor. Die schweizerische Atomtechnologieentwicklung 1945-1969. Zürich: Chronos-Verlag.
- Zaller, J. (2003). A New Standard of News Quality: Burglar Alarms for the Monitorial Citizen. *Political Communication* 20(2), 109-130.